

basis



ZEITUNG DES KLASSENKÄMPFERISCHEN BLOCKS

#05 · Frühling · 1/2014

SOLIDARITÄT & WIDERSTAND OHNE GRENZEN FÜR DIE ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS

RASSISTISCHE HETZE BEKÄMPFEN

Vor den Europawahlen im Mai 2014 nehmen Rechtspopulismus und rassistische Hetze wieder zu. Rassismus ist aber kein Randphänomen, sondern kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Rechtspopulistische Positionen werden von etablierten Parteien wie der CSU aufgegriffen. Diese Partei hat eine Kampagne unter dem Slogan »Wer betrügt, der fliegt« gegen angeblich drohende Armutswanderung aus Bulgarien und Rumänien angestoßen. Dass gerade deutsche Unternehmen von Billiglöhnen in Osteuropa profitieren und Lohnabhängige aus Rumänien und Bulgarien auch in der BRD unter prekären Verhältnissen zu Niedriglöhnen ausbeuten, wird dabei ausgeblendet. Von der vorherrschenden Politik und den Medien werden MigrantInnen allein unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit für die deutsche Wirtschaft betrachtet. Rassismus und Standortnationalismus führen zur Spaltung der Beschäftigten. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, sondern kämpfen gemeinsam gegen die kapitalistischen Verhältnisse. Dabei sind wir solidarisch mit den Menschen, die vor Armut, Krieg und Verfolgung geflüchtet sind.

ORGANISIERUNG UNABHÄNGIG VOM AUFENTHALTSSTATUS

Geflüchtete und MigrantInnen kämpfen seit Jahren in der BRD um ihre Rechte. Seit zweieinhalb Jahren protestieren Geflüchtete am Berliner Oranienplatz gegen die rassistische Migrationspolitik der BRD und fordern die Abschaffung der Residenzpflicht, die jegliches Recht auf Bewegungsfreiheit einschränkt. Außerdem kämpfen sie gegen den Zwang in abgelegenen Lagern zu leben und statt Bargeld Essenspakete und Gutscheine zu bekommen.



Neben dem Protestcamp am Oranienplatz ist auch eine Gruppe von 300 Geflüchteten unter dem Namen »Lampedusa in Hamburg« bundesweit bekannt geworden. Sie setzen sich für das Bleiberecht ein und fordern ein Ende der Nato-Kriege und der Waffenexporte, die für die Not in ihren Heimatländern und die Flucht verantwortlich sind. Anfang 2013 sind sie Verdi beigetreten, um gemeinsam mit der Gewerkschaft für ihre Rechte zu kämpfen. Von der Verdi-Führung gab es dagegen jedoch Widerstand, da »Personen ohne Aufenthaltspapiere« angeblich keine Verdi-Mitglieder sein könnten.

Die Geflüchteten erfüllen laut dem Verdi-Vorstand die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft nicht, da sie keine Arbeitserlaubnis und keinen Erwerbslosenstatus besitzen. Die Geflüchteten haben aber keine Arbeitserlaubnis aufgrund der ausgrenzenden Logik der deutschen Asylgesetzgebung. Für Gewerkschaften sollte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, sich auf die Seite der Entrechteten und prekär Beschäftigten zu stellen. Gewerkschaftsbewegungen müssen zudem selber festlegen, wer Mitglied werden kann und sich dabei nicht von arbeitsmarktpolitischen oder sozialrechtlichen Begriffen leiten lassen. Die ausgrenzende Haltung bestimmter GewerkschaftsbürokratInnen wurde von vielen GewerkschafterInnen, zum Beispiel der GEW Hamburg, entschieden zurückgewiesen. Gerade für Arbeitende ohne Arbeitserlaubnis sind eine gewerkschaftliche Organisation und gemeinsam geführte Arbeitskämpfe von großer Bedeutung.

GEGEN DISKRIMINIERUNG UND AUSBEUTUNG

Geflüchtete und MigrantInnen sind zumeist mit prekären und kurzfristigen Arbeitsverhältnissen konfrontiert. Laut

Schätzungen leben zwischen 500 000 bis 1,5 Millionen illegalisierte Menschen in Deutschland, das heißt Menschen ohne Papiere, also ohne Aufenthaltsrecht. Sie putzen, kochen, servieren, leisten Sexarbeit, betreuen Kinder und Alte in den Haushalten. Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis werden von den ArbeitgeberInnen oft schikaniert, der Lohn wird einbehalten, Überstunden werden nicht bezahlt oder der Urlaub wird verweigert.

Die bezahlte Hausarbeit in Europa wird zum größten Teil von MigrantInnen ausgeführt. Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat in der BRD in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen und liegt aktuell bei 71,5 Prozent. An der sexistischen Rollenverteilung bezogen auf die Arbeit im Haushalt hat sich dennoch kaum etwas geändert. Statistische Studien haben gezeigt: Hausarbeit bleibt vor allem Frauensache. Auch wenn in einer Beziehung beide Vollzeit arbeiten, bleibt der Großteil der Haushaltsarbeit an der Frau hängen. Frauen sind mit Beruf und Hausarbeit entweder doppelt belastet oder es werden Dritte – häufig illegalisierte migrantische Frauen – zur Erledigung der Hausarbeit angestellt, die oft zu niedrigen Löhnen und ohne Sozialversicherung arbeiten.

SPALTUNG ÜBERWINDEN – GEMEINSAM KÄMPFEN

Um gegen prekäre Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und Sozialabbau vorgehen zu können, ist die Solidarität der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen entscheidend. Wir lassen uns nicht spalten! Am 1. Mai 2014 gehen wir gemeinsam auf die Straße gegen die Vereinzelung, gegen Konkurrenz, Spaltung, rassistische, sexistische und autoritäre Entwicklungen. Wir setzen uns ein für selbstorganisierte Kämpfe in den Betrieben, Arbeitsämtern und Stadtteilen. ■

TRUCKERINNEN GEGEN DUMPING



KraftfahrerInnen haben europaweit begonnen sich gegen die miesen Arbeitsbedingungen im Transportsektor zu organisieren. Unter anderem die Kraftfahrer-Clubs Deutschland, setzen sich für Verbesserungen im Transportwesen ein. Zwei AktivistInnen der KCD geben Einblicke zur Situation der TruckerInnen. » 02

CARE REVOLUTION



Die Arbeiten sozialer Reproduktion – auch Care Work genannt – sind gesellschaftlich kaum anerkannt und werden nach wie vor vorrangig von Frauen schlecht oder unbezahlt ausgeführt. Wie ein Perspektivenwechsel im Rahmen einer Care-Revolution umzusetzen ist, beschreibt Gabriele Winker. » 03

REFUGEES WELCOME



300 Flüchtlinge der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« wurden Mitglied bei Verdi. Doch der Vorstand stellte sich quer. Die ausgrenzende Haltung des Vorstands wurde kritisiert. Hunderte GewerkschafterInnen haben sich an den Verdi-Vorstand gewandt und fordern eine Mitgliedschaft unabhängig vom Aufenthaltsstatus. » 04

RECHTSEXTREME AUF DEM MAIDAN



Die westlichen Medien berichten fast ausnahmslos einseitig über die Situation in der Ukraine. Der Journalist und Aktivist Thomas Eipeldauer hat sich in Kiew ein eigenes Bild von der Lage gemacht und liefert Informationen zur Protestbewegung und zu den Positionen linker Organisationen in der Ukraine. » 07

KEIN WERBEN FÜRS STERBEN



Die Bundeswehr versucht auf Messen, in Jobcentern und Schulen Nachwuchs zu rekrutieren. Bundesweit gibt es immer wieder Aktionen gegen die Präsenz des Militärs in der Öffentlichkeit. Zwei AktivistInnen von NoWar berichten über ihr Engagement gegen die Werbeoffensive und gegen Krieg und Militarisation. » 07

ALLE ZUSAMMEN GEGEN SOZIALDUMPING

Interview mit Sylvia und Ingo von den Kraftfahrer-Clubs Deutschland



Hallo, ihr seid aktiv in den Kraftfahrer-Clubs Deutschland, ein Verein von und für KraftfahrerInnen, der 2011 gegründet wurde. Könnt ihr euch mal kurz vorstellen?

SYLVIA: Ich bin Sylvia S., 53 Jahre alt, lebe in Königs-Lutter, und bin im Vorstand der Kraftfahrer-Clubs Deutschland (KCD).

INGO: Ich bin Ingo S., 51 Jahre alt, Vereinsvorsitzender der KCD. Wir beide sind MitbegründerInnen der KCD.

Wie kam es zu eurem Engagement? Ward ihr früher schon politisch aktiv?

INGO: Nein, aktiv nicht, das kam erst mit den KCD. Ich bin sozusagen durch meinen Vater vorbelastet. Er war Lehrer an der Parteischule und so war Politik immer ein Thema zu Hause.

SYLVIA: Ich habe mich mit der Branche beschäftigt und habe nicht verstanden, dass die Fahrer und Fahrerinnen sich so schwer tun, gegen Ungerechtigkeiten anzukämpfen und dass sie vor allen Dingen so uneinig sind. Das war mir nicht klar, weil ihr Ziel ja Einigkeit sein müsste. Wenn man sich die Arbeitsbedingungen und Löhne anschaut, dann braucht es da

eine richtige Gewerkschaft, die aggressiver handelt und Biss hat.

Was verdient ein Berufskraftfahrer, eine Berufskraftfahrerin?

INGO: Die Branche zahlt Pauschallöhne, die fangen in Mecklenburg-Vorpommern bei unter 1200 Euro an, bei uns gibt's 1800 und in Baden-Württemberg erreichen sie bis zu 2500 Euro.

SYLVIA: Dazu kommen die Spesen, die aber die Kosten auf den Autohöfen schon lange nicht mehr abdecken. Die gibt es genauso wie Prämien, soweit noch welche gezahlt werden, nur wenn man fährt. Das führt zu einem enormen Druck immer zu fahren, auch wenn man krank ist. Endlose Überstunden sind Standard in der Branche. Die Woche beginnt Sonntag um 22 Uhr, das ist ein normaler Arbeitsbeginn ohne Nachzuschläge, und endet häufig nach 50 bis 70 Wochenstunden.

INGO: Die Löhne fallen seit 20 Jahren. Durch den Wegfall von Prämien und Sonderzahlungen und die hohe Teuerungsrate sind die Einkommen der KraftfahrerInnen massiv geschrumpft. Heute kann niemand mehr von dem Lohn leben. Die Spesen sind notwendig, um die Miete zu

zahlen. Duschen im Autohof ist unbezahlbarer Luxus und Büchsenfraß mit dem Gaskocher aufgewärmt das typische KraftfahrerInnen-Mittagessen.

Wie halten die FahrerInnen unter diesen Umständen soziale Beziehungen aufrecht?

SYLVIA: Viele Fahrer sind sozial isoliert, die kommen ja kaum von ihrem Bock runter. Das Internet verstärkt den Rückzug weiter, da sie jetzt auch noch ihre Pause in der Kabine am Laptop verbringen. Das Sozialverhalten leidet zwangsläufig unter den durch die Arbeit erzwungenen Lebensumständen. Trotzdem haben sich in den letzten Jahren gerade übers Internet Fahrerorganisationen gebildet. Auch die Mobilisierung der Proteste läuft darüber, zum Beispiel in Fahrerforen oder bei Kilometerfresser-TV auf YouTube.

INGO: Das stimmt. Als vor zwei Jahren bekannt wurde, dass eine Spedition philippinische Fahrer für Transporte in Europa einstellt, bildete sich innerhalb von Tagen eine Facebook-Gruppe mit über 7000 Mitgliedern. Daraus ist dann die Fahrervereinigung »Actie in de Transport« entstanden, die heute in mehreren Ländern aktiv ist. Auch wir vom KCD nutzen das Internet, zum Beispiel für die Mobi-

lisierung zum Europäischen Aktionstag am 3. Mai.

Was sind eure Forderungen und wie steht ihr zu den ausländischen KollegInnen?

SYLVIA: Wir haben nichts gegen ausländische KollegInnen und distanzieren uns entschieden von Rassismus. Wir sind gegen Sozialdumping und Billiglöhne, nicht gegen KollegInnen, die gezwungen werden unter menschenunwürdigen Bedingungen zu schuften, um ihre Familien in Manila oder Bukarest über die Runden zu bringen.

INGO: Es geht schon um eine Arbeiterbewegung. Wir haben zwei Hauptforderungen. Die Kabotageregeln müssen durchgesetzt werden, das heißt ein ausländisches Fahrzeug darf maximal drei inländische Fahrten in sieben Tagen machen und muss dann wieder das Land verlassen. Das Entsendegesetz muss angewandt werden. Europaweit muss ein Fahrer mindestens so viel bezahlt bekommen, wie ein einheimischer Fahrer erhält. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das würde der gewollten Billigkonkurrenz ein Ende setzen und einen fairen Wettbewerb ermöglichen.

Dafür wird am 3. Mai unter dem Motto »Together Now – Drivers Voice For A Social Europe« in mindestens sechs Hauptstädten protestiert. Die großen Parteien und Gewerkschaften wie Verdi helfen euch nicht. Wie steht ihr zu der Unterstützung durch linke Gruppen? Da treffen ja schon verschiedene Welten aufeinander?

INGO: Ja, schon. Für uns ist das gerade in der Organisation zum 3. Mai sehr wichtig, weil wir hier die meiste Unterstützung eben aus den linken Kreisen bekommen. Dadurch können wir aus dem 3. Mai auch das machen, was er werden soll. Es soll ein Protesttag werden in erster Linie von KraftfahrerInnen, aber eben mit Beteiligung von allen, die von Sozialdumping betroffen sind. Das ist ganz wichtig, da sind diese linken Gruppen für uns eben eine große Unterstützung, für die wir auch unheimlich dankbar sind. Klar ist es in der Realität heute bei den FahrerInnen nicht normal, wenn man hört, dass ein Fahrer wie ich jetzt in solchen linken Kreisen wandelt.

SYLVIA: Eigentlich müsste es doch andersrum sein. Normal müsste jeder für seine Rechte kämpfen und sich für diese Art der Politik interessieren. Nur wenn wir alle zusammen halten, können wir gemeinsam gegen Sozialdumping und Existenzvernichtung etwas ausrichten.

TRUCKERINNEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Am 3. Mai 2014 findet ein europaweiter Aktionstag der Beschäftigten im Transportsektor statt. In verschiedenen europäischen Städten wie Stockholm, Oslo und Madrid werden Aktionen organisiert. In Berlin werden Protestierende mit einer Sternfahrt zum Brandenburger Tor auf sich aufmerksam machen. Der Transportsektor boomt, denn Logistik ist das Rückgrat der globalen Wertschöpfung. Der Wettbewerb im Transportgewerbe hat sich verschärft. Die Liberalisierung im europäischen Transportgewerbe hat zu einem Niedergang der Arbeitsbedingungen und einer Ausweitung von Dumpinglöhnen geführt. Die Beschäftigten haben begonnen sich zu vernetzen, um grenzüberschreitend gegen die miserablen Arbeitsbedingungen vorzugehen. Alle Beschäftigten der Branche, wie zum Beispiel LKW-FahrerInnen, BusfahrerInnen, TaxifahrerInnen und PaketzustellerInnen sind aufgerufen am Aktionstag am 3. Mai teilzunehmen.

3. MAI 2014: AKTIONSTAG GEGEN SOZIALDUMPING

10 Uhr | Beginn der Sternfahrt für die Trucks, Motorräder, Busse und so weiter. Es gibt vier Treffpunkte, wo sich die Fahrzeuge ab 9 Uhr sammeln:
 » Raststätte Am Fichtenplan Nord
 » Raststätte Dreilinden
 » Raststätte Stolper Heide
 » Dahlwitz-Hoppegarten, Technikerstraße
11 Uhr | Demonstration für FußgängerInnen und RadfahrerInnen | Lustgarten
12 Uhr | Kundgebung, Podiumsdiskussion und Konzert | Brandenburger Tor

EUROPAWEITES NETZWERK SCHMIEDEN

Basisgewerkschaftstreffen: Strategien des gewerkschaftlichen Widerstands von unten

Vom 14. bis 16. März 2014 trafen sich mehr als 60 BasisgewerkschafterInnen aus Italien, Spanien, Schweiz, Frankreich, Polen und der BRD zum diesjährigen Netzwerktreffen in Berlin. Den Kern des Netzwerks bilden die Sud-Solidaire-Gewerkschaften aus Frankreich, die Confederación General del Trabajo (CGT) aus Spanien und die italienischen Cobas. Aus der BRD beteiligten sich die FAU, die Wobblies, Tie-Germany und der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall aus Berlin.

Die ersten Keime des basisgewerkschaftlichen Netzwerks entwickelten sich nach den großen Massenstreikbewegungen 1995 in Frankreich gegen die Erhöhung des Rentenalters. Die Initiative ging aus von den Sud-Solidaire-Gewerkschaften aus Frankreich, den Cobas aus Italien und der CGT aus Spanien. Seit 2001 trifft sich das Netzwerk einmal jährlich. Innerhalb

des Netzwerks existieren Branchennetzwerke zu den Bereichen Call-Center, Gesundheit, Transport, Industrie, Erziehung und öffentlicher Dienst.

Interessant waren der Bericht einer Cobas-Neugründung aus Norditalien, die sich in einem langen militanten Streik in einem der Logistik-Zentren bei Mailand vor zwei Monaten gründete. Die Kollegen schilderten recht ausführlich ihren Kampf. Aus Polen waren die Gewerkschaften der Krankenschwestern und Hebammen gekommen, die das europäische Manifest gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens vorstellten. In den verschiedenen Branchen gibt es regelmäßige Treffen. Recht lebendig und dynamisch ist das Netzwerk »Bahn ohne Grenze« an dem sich neben europäischen, auch afrikanische Bahnbeschäftigte, Nutzerinitiativen und ökologische Gruppen beteiligen. Bestimmende Orientierung ist

der Kampf gegen die Privatisierung und für eine öffentliche Bahn unter Kontrolle der Beschäftigten und NutzerInnen.

Ein Schwerpunkt der theoretischen Debatte waren die Bedeutung von Betriebsbesetzungen, Übernahme und ArbeiterInnen selbstverwaltung in der Krise. Bei den Branchentreffen trafen sich vor allem Akteure aus dem Transportbereich. Es wurde von der Vorbereitung und Teilnahme an den Märschen für die Würde am 22. März in Madrid berichtet und über die zunehmenden Versuche der Einschränkung des Streikrechts in Europa. Dieser letzte Punkt war auch die Grundlage für eine gemeinsame Kundgebung vor der Zentrale des DGB gegen den Versuch mittels des Gesetzes für die Tarifeinheit das Streikrecht und die gewerkschaftlichen Aktionsfreiheiten in der BRD einzuschränken. Das nächste Treffen wird im Oktober 2014 in Paris stattfinden.





CARE REVOLUTION: HER MIT DEM GUTEN LEBEN

Ein Beitrag von der feministischen Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker aus Hamburg

Auf einer dreitägigen Aktionskonferenz »Care Revolution« Mitte März in Berlin hat eine noch im Werden begriffene Care-Bewegung deutlich an politischer Kraft gewonnen. 500 Aktivistinnen diskutierten drei Tage lang, wie eine Gesellschaft gestaltet werden müsste, in der grundlegende Lebensbedürfnisse verwirklicht werden können. Im Zentrum stand dabei das Recht, selbstbestimmt für sich und andere zu sorgen und selbstbestimmt zu entscheiden, von wem wir versorgt werden wollen. Unterstützt wurde diese Aktionskonferenz von einem breiten Spektrum von 60 lokalen Gruppen beziehungsweise kleineren bundesweiten Verbänden, die in Care-Bereichen aktiv sind.

Verbindend war das Ziel einer Care Revolution. Darunter verstehen wir ein politisches Konzept, das die grundlegende Bedeutung der sorgenden und pflegenden Tätigkeiten, Care Work, für alle Menschen hervorhebt. Es knüpft an die Erkenntnisse

feministischer Ökonomie an, wonach die lebensnotwendigen Arbeiten sozialer Reproduktion im hegemonialen Diskurs kaum Bedeutung erlangen. Care Work bleibt als typische Frauenarbeit, unbezahlt in Familien oder schlecht bezahlt in sozialen Dienstleistungsberufen, weitgehend unsichtbar. So sind viele Menschen, vor allem Frauen mit Sorgeverpflichtungen für Kinder oder Pflegebedürftige, gezwungen, diese Tätigkeiten ohne gesellschaftliche Unterstützung oft am Rande der vollständigen Überbeanspruchung neben der eigenen Berufstätigkeit auszuführen. Das kapitalistische System beschränkt mit engerer und prekärer Lohnarbeit die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für diese wichtige Reproduktionsarbeit. Gleichzeitig reduziert der Staat Aufwendungen in der Daseinsvorsorge, verschlechtert die Bedingungen von Care-Beschäftigten und verlagert diese Aufgaben zurück in die Familien. Wir sprechen deswegen von einer Krise sozialer Reproduktion.

Mit der Care Revolution plädieren wir für einen grundlegenden Perspektivenwechsel. Dabei geht es um nicht weniger als die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen im Zentrum politischen Handelns stehen sollte. Wir unterscheiden bei der Care Revolution zwischen individueller Absicherung und kollektiver Realisierung von Care-Dienstleistungen. Zunächst muss jeder Mensch individuell das Recht haben, sich ohne Existenzsorgen um sich und andere, FreundInnen, Angehörige, NachbarInnen kümmern zu können. Auch muss jede Person selbstbestimmt entscheiden können, wer sie versorgt und ihr behilflich ist. Dafür bedarf es für jedes Individuum ausreichend finanzieller und zeitlicher Ressourcen. Mit einer solchen Zielrichtung lässt sich dann beispielsweise anknüpfen an Reformvorhaben wie Arbeitszeitverkürzung mit Personal- und Lohnausgleich und auch an Auseinan-

dersetzungen um das bedingungslose Grundeinkommen.

Darüber hinaus gibt es aber auch viele Aufgaben, die wir ja auch heute schon kollektiv, in Gemeinschaft regeln. Und diese Aufgaben werden in einer an Care orientierten Gesellschaft noch weiter zunehmen. Für uns haben diese grundlegenden kollektiven Formen der Daseinsvorsorge im Zentrum einer Ökonomie zu stehen. Deswegen ist der Ausbau von Care-Dienstleistungen in der Bildung und Erziehung, in der Gesundheit und Pflege wichtig. Und selbstverständlich müssen gleichzeitig die Arbeitsbedingungen und die Verdienstmöglichkeiten der Care-Beschäftigten deutlich verbessert werden.

Ein solches Ziel ist allerdings nur über Umverteilung von oben nach unten realisierbar. Dazu bedarf es einer starken Care-Bewegung. Ausgangspunkt für Widerstandspraxen und die Gestal-

tung eines selbstbestimmten Lebens sind kollektive Selbstreflexionsprozesse, die an alltäglichen Erfahrungen anknüpfen. Verbindend ist die radikale Erkenntnis, dass menschliche Lebensinteressen nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität und gegen Kapitalinteressen zu verwirklichen sind.

Das Bündnis, das die Aktionskonferenz Care Revolution getragen hat, wird weiterarbeiten. Noch in diesem Jahr soll ein Verein Netzwerk Care Revolution gegründet werden, der ein Kampagnenbüro unterhält. Dieses Büro soll vor allem lokale, regionale und bundesweite Care-Aktivitäten vernetzen. Schon in den nächsten Wochen wird es eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen Care-Initiativen geben. So werden Initiativen bei den Blockupy-Aktivitäten, wie bereits im letzten Jahr, und beim 1. Mai die unsichtbare Arbeit sichtbar machen und damit die Care Revolution auf die Straße tragen. ■

FORD GENK: SOLIDARITÄT GEHT WEITER

Auf Protest gegen Werksschließung folgt Repression

Zu einer Welle der Solidarität kam es, als die Staatsanwaltschaft Köln im Oktober gegen 13 Ford-Arbeiter aus dem belgischen Genk Strafbefehle verschickte. Gegen einen Kollegen fordert sie zehn Monate Haft auf Bewährung wegen angeblicher »gefährlicher Körperverletzung«. Zwölf Kollegen sollen Geldstrafen wegen »Landfriedensbruch« zahlen.

Am 7. November 2012 hatten 250 ArbeiterInnen aus Genk vor der Ford-Europazentrale in Köln gegen die Schließung ihres Werks und die Vernichtung von knapp 10 000 Jobs demonstriert. Vor Ort verschafften sie sich Zutritt zum Werksgelände und forderten Auskunft vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Hinkelmann von der IG Metall. Der hatte kurz zuvor auf Vorschläge von Kölner Vertrauensleuten für gemeinsame Aktionen noch mit der Ausrufe reagiert, er habe keine Telefonnummer aus Genk. Daraufhin waren einige Kölner KollegInnen selbst dorthin gefahren und hatten den Kontakt hergestellt.

Nachdem Hinkelmann am 7. November unter Buhrufen versuchte, die Genker zu beschwichtigen, und sie das Werksgelände wieder verließen, wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot aus mehreren Hundertschaften angegriffen und eingekesselt. »Die Polizei schien mit jedem verfügbaren Beamten vor Ort gewesen zu sein.«, schrieb der Kölner »Express« tags darauf.

Ein knappes Jahr später folgten 24 Ermittlungsverfahren. Sofort bildete sich in Köln der Solidaritätskreis »7. November« und



startete eine Unterstützungskampagne. Solierklärungen aus ganz Deutschland, Belgien, Spanien und der Schweiz wurden geschickt. Die Staatsanwaltschaft reagierte auffallend schnell: Nach einer Woche ließ sie 13 Strafbefehle verschicken und elf der Verfahren einstellen – unter anderem das gegen einen solidarischen Kollegen von Ford Köln. Sie griff nun zur altbekannten Taktik, die betroffenen Kollegen in »Gewalttäter« und »friedliche Demonstranten« zu spalten. Alle KollegInnen legten Widersprüche gegen ihre Strafbefehle ein. Der Fall brachte es in mehrere Zeitungen und in einen auffallend wohlwollenden Beitrag des ARD-Europamagazins. Der Kölner Polizeipräsident sah sich in einem Zeitungsinterview genötigt, von der damaligen Einsatzführung abzurücken.

Besondere Brisanz erhält die Solidaritätskampagne durch die Drohung des Ford-Managements, die Produktion des »Fiesta« in Köln ab 2017 einzustellen. In diesem Fall würden etwa 4000 Arbeitsplätze dort wegfallen. Die Entscheidung soll im Juni fallen. Der Betriebsrat ließ bereits vor seiner Neuwahl Anfang März ein Entgegenkommen bei den Löhnen anklingen. Kölner KollegInnen verweisen daher auf die Geschichte des besagten Ford-Werks in Genk: Dort hatten sich die Beschäftigten im Gegenzug für eine Standortgarantie zwölf Prozent Lohn von Ford abpressen lassen – und das Werk wird doch geschlossen.

Die Beschäftigten aus Genk sind nach Köln gefahren, um zu protestieren und ihre deutschen KollegInnen vor Ford zu warnen.

Sie haben die übliche kapitalistische Taktik durchbrochen, Belegschaften gegeneinander auszuspielen. Sie haben niemanden um Erlaubnis gefragt und sich nicht mit Ausreden abwimmeln lassen. Sie haben ihre Sache in die eigene Hand genommen. Was würde geschehen, wenn alle es so machen würden? Dann gäbe es keine LeiharbeiterInnen mit weniger Lohn für gleiche Arbeit, keine Werksschließungen bei gleichzeitigen Milliardengewinnen.

In einer Grußbotschaft an eine Soliaktion in Berlin am 19. Februar 2014 erklärte Gaby Colebunders, Vertrauensmann bei Ford Genk und selbst von den Ermittlungen Betroffener: »Bestraft werden sollen ich und meine Kollegen – gemeint sind wir alle. Das wahre Verbrechen ist die Werksschließung und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir um unsere Arbeits-

plätze zu kämpfen haben. Die Aktion am 7. November 2012 in Köln war ein wichtiges Signal, wie wir uns international gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlage wehren können.«

Der erste Prozesstermin steht mittlerweile fest, es ist der 11. Juni 2014. Am Samstag, dem 7. Juni wird es eine Demonstration in Köln sowie am 11. Juni eine Prozessbeobachtung mit Kundgebung geben. Der Solidaritätskreis 7. November ruft dazu auf, die Prozesse in großer Zahl zu besuchen und bundesweit durch viele bunte und kreative Begleitaktionen vor Ford-Autohäusern darauf aufmerksam zu machen. Gefordert wird natürlich die Einstellung aller Verfahren!

Weitere Infos unter www.solikreis07nov.wordpress.com und www.netzwerk.de/projekte/ford. ■

ANTI-STREIK-GESETZ VERHINDERN

Die Bundesregierung will die Tarifeinheit gesetzlich verordnen. Es soll nur noch diejenige Gewerkschaft Tarifverträge abschließen können, die in einer Belegschaft die meisten Mitglieder vorzuweisen hat.

Dieses Gesetzesvorhaben stellt einen massiven Angriff auf das Streikrecht und das Grundrecht der Koalitionsfreiheit dar. Bereits 2010 gab es eine gemeinsame Initiative des Arbeitgeberverbands BDA und der DGB-Spitze zur Tarifeinheit. Kleinere

Gewerkschaften sollen somit ausgegrenzt werden, da nur noch die größte Gewerkschaft berechtigt wäre Tarifverträge abzuschließen. Für alle Lohnabhängigen im Betrieb gälte dann während der Laufzeit des Tarifvertrages die gesetzlich verankerte Friedenspflicht.

Innerhalb der DGB-Gewerkschaften, regt sich Widerstand gegen dieses Vorhaben. Auch zahlreiche ArbeitsrechtlerInnen sprechen sich gegen den Angriff auf das Koalitions- und Streikrecht aus. ■

REFUGEES WELCOME

Gemeinsamer Kampf unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Im Juli des vergangenen Jahres hat der Fachbereich »Besondere Dienstleistungen« 300 Geflüchtete in Hamburg in die Gewerkschaft Verdi aufgenommen. Es handelt sich um die unter dem Namen »Lampedusa in Hamburg« bekannt gewordene Gruppe von Geflüchteten aus Libyen. Sie setzen sich für ihr Bleiberecht nach dem Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes ein. Dieser bietet die Möglichkeit der sofortigen Anerkennung als Kriegsflüchtlinge aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen.

Der Fachbereichsleiter Peter Bremme von Verdi erklärte zur Aufnahme der Geflüchteten in Verdi: »Wir heißen die Flüchtlinge willkommen und wollen die Beschäftigten in Hamburg mit den neuen Mitgliedern aus Libyen in einen Dialog bringen, um die Forderungen der Flüchtlinge auf eine breitere Basis zu stellen. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen der Geflüchteten aus Libyen auf Wohnung, freien Zugang zum Arbeitsmarkt, freien Zugang zu Bildung, freien Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung und freier Wahl des Aufenthaltsortes beziehungsweise Wohnortes innerhalb der EU.«

Doch die Mehrheit in der Leitung von Verdi Hamburg stellte sich gegen Bremmes Entscheidung. Es wurde sogar ein Gutachten vom Ressort Organisationspolitik in Auftrag gegeben, um die Ablehnung der Aufnahme der Geflüchteten



auch juristisch zu untermauern. Bremme wurde für sein Verhalten wegen der »schwerwiegenden Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten« sogar abgemahnt. Diese Reaktion auf die Aufnahme der Geflüchteten innerhalb von Verdi macht deutlich, dass manche BürokratInnen in der Gewerkschaft mehr auf die korrekte Einhaltung der Satzung und anderer Regularien Wert legen, als auf eine konkrete

Solidarität mit Menschen, die vor Krieg und Elend geflohen sind. Der Konflikt um die Mitgliedschaft von 300 Geflüchteten in Hamburg hat auch gezeigt, dass in den DGB-Gewerkschaften zum Teil eine Definition von Arbeit vorherrscht, die sich nur an den geltenden rechtlichen Definitionen von Beschäftigungsverhältnissen orientiert und somit viele extrem prekäre Arbeitsverhältnisse ausklammert.

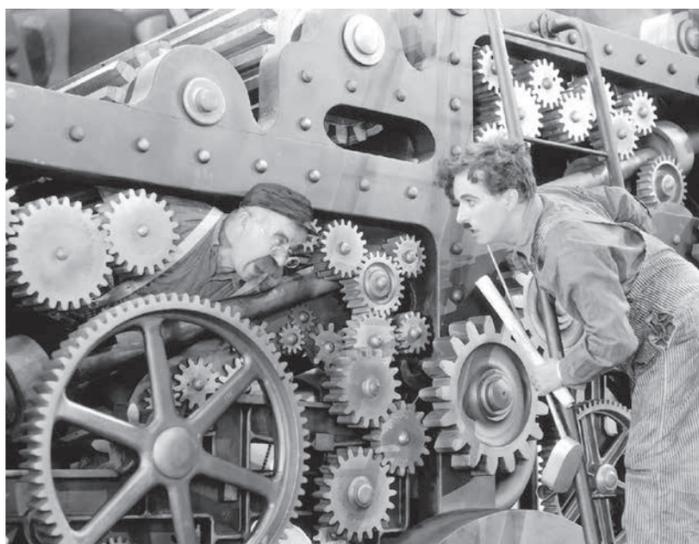
Die deutsche Gesetzgebung grenzt Geflüchtete systematisch aus. Ohne Arbeitserlaubnis dürfen Geflüchtete nicht arbeiten und keine Ausbildung machen. Noch immer erhalten Geflüchtete einen Großteil der Leistungen in der Regel als sogenannte »Sachleistungen« in Form von Einkaufsgutscheinen oder Chipkarten, mit denen nur bestimmte Produkte gekauft werden können. Die medizinische

Versorgung ist stark eingeschränkt, da sie nur bei »akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen« vorgesehen ist. Medikamente, Heil- und Hilfsmittel wie Brillen oder Krücken und vieles andere wird Geflüchteten deshalb oft verweigert. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) müssen Geflüchtete in Wohnheimen oder Lagern wohnen. Die Lager befinden sich in der Regel in abgelegenen Wäldern oder verlassenen Industriegebieten. Die Gebäude bestehen in der Mehrzahl aus alten Kasernen oder Wohncontainern. Zusätzlich behindert die Residenzpflicht, welche vorsieht, dass Geflüchtete sich nicht ohne Erlaubnis aus dem ihnen zugewiesenen Landkreis entfernen dürfen, die Bewegungsfreiheit der Geflüchteten.

Für Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere ist es besonders schwierig ihre Arbeitsrechte durchzusetzen und zum Beispiel gegen Lohnraub vorzugehen. Eine gewerkschaftliche Unterstützung ist deshalb sehr wichtig, um im Widerstand gegen miese Arbeitsbedingungen nicht auf sich allein gestellt zu sein. Es gibt bereits einige Initiativen, die Menschen ohne Papiere in ihrem Kampf unterstützen. Dazu zählt das Hamburger Projekt »MigrAr-Migration und Arbeit«, das 2008 gegründet wurde und dem »Fachbereich für Besondere Dienstleistungen« von Verdi zugeordnet ist. Auch in Berlin existiert mit dem »Arbeitskreis undokumentierte Arbeit« eine solche Anlaufstelle.

MODERNE ZEITEN

Schneller, höher, weiter?



Am Anfang des Jahres gab es einen Beitrag in der britischen Wochenzeitung »The Economist« zu den Auswirkungen des technischen Fortschritts für die gegenwärtige und vor uns liegende Arbeitswelt. Im Fokus stand die immer rasantere Computerisierung von Produktionsprozessen, Dienstleistungs- und Verwaltungsarbeiten. Durch die ebenfalls enormen Fortschritte der ohnehin schon auf hohem Niveau befindlichen Arbeitsroboter könnten ihrer Schätzung zur Folge in den nächsten Jahren bis zu über 40 Prozent der bisherigen Arbeitsplätze verloren gehen.

Laut einer anderen Studie, die am 17. Januar von Aruba Networks veröffentlichte wurde, gaben 72 Prozent der britischen Bevölkerung an, ihren Job effizienter von

zu Hause aus machen zu können. 63 Prozent von ihnen benötigen ein WLAN-Netzwerk, um ihre Aufgaben zu erledigen – nicht schlecht für eine Technologie, die sich vor kaum zehn Jahren erst etabliert hat. Die Menschen passen sich den gesetzten technischen Bedingungen der Arbeitswelt an, die Durchdringung des Privaten durch die Arbeit nimmt weiter zu. Die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit werden zunehmend eingerissen. Schöne Aussichten für das Kapital, zweischneidige für die Lohnabhängigen.

In der Vergangenheit entstanden durch technologische Erneuerungen oder Umbau neue Arbeitsplätze, die zum Teil den Wegfall der alten Arbeitsplätze kompensieren konnten. Die Geschichte der Industrialisierung ist davon gezeich-

net, auch wenn die Kompensation nicht Zug um Zug erfolgte. Das wird allerdings aller Voraussicht nach nicht so bleiben. Das Tempo des technischen Fortschritts ist in unserer Zeit wesentlich schneller als zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Das Wissen potenziert sich fortlaufend und bietet eigentlich sonnige Aussichten, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht durch den Kapitalismus beherrscht würden. Weniger Plackerei, die Reduzierung der Arbeitszeit, mehr Zeit für Muße, Erholung, Bildung, Zusammensein und Kunst für alle wären drin – wenn die Macht nicht in den Händen Weniger läge und der technische Fortschritt nicht zur Drohkulisse gegen die lohnabhängige Klasse eingesetzt würde. Bis es mal anders wird, ist es vermutlich noch ein langer Weg.

Die Lohnabhängigen befinden sich in keiner komfortablen Lage. Arbeitsdruck bei den Jobs, fehlende ausreichende soziale Sicherungssysteme bei Jobverlust – womit die noch in Arbeit befindlichen KollegInnen gefügig gemacht werden sollen – bestimmen zunehmend die Klassenlage. Ängste um die Zukunft fördern nicht zwangsläufig die Solidarität unter den Lohnabhängigen, wer – noch nicht in prekären Verhältnissen arbeitet, wähnt sich allzu oft einer trügerischen Sicherheit. Auch Unternehmen, die den Arbeitsplatzabbau »sozialverträglich« ohne betriebsbedingte Kündigungen betreiben, vernichteten Arbeitsplätze für die nachkommende Generation. Diese Prozesse verlaufen meistens schleichend, sie treffen in der veröffentlichten Meinung häufig auf nur geringes Interesse. Allein in Berlin sind in den letzten zwanzig Jah-

ren mehrere zehntausend Arbeitsplätze weggefallen, dies ist nicht nur eine Folge der Abwicklung der DDR.

Dass der Abbau von Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten vier Jahre auch in der Bundesrepublik weitergehen wird, ist schon heute bekannt. Hierzu einige konkrete Beispiele: RWE will in den kommenden drei Jahren bis zu 6000 Stellen streichen, Vattenfall 1500 Stellen, der Industriedienstleister Bilfinger 800 Verwaltungsstellen, der Spezialchemiekonzern Evonik bis 2018 1000 Arbeitsplätze, Air Liquide (Industriegase) 1600 Stellen, die WestLB im Besitz von Nordrhein-Westfa-

len 2450 Stellen, die Telekom 4000 Stellen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Profite und sogenannte Sanierungsmaßnahmen gehen immer zu Lasten der lohnabhängigen Klasse. Es geht uns aber nicht um die Verweigerung effizienter Technologien oder sinnvoller Arbeitsprozesse, sondern um die Bekämpfung einer Politik, die sich durch eine Abwälzung von Krisenlasten auf dem Rücken der ArbeiterInnenklasse auszeichnet und die eine Arbeitswelt garantiert, in dem die Erhöhung der Produktivkräfte im Interesse des Kapitals steht und nicht zum Wohle Aller betrieben wird.

www.melodieundrhythmus.com

POPMUSIK & KLASSENKAMPF

Jetzt am Kiosk

M&R MELODIE UND RHYTHMUS

KLASS WAR

Mit den Ergebnissen der Abstimmung »Talkin' Bout a Revolution«. Die 10 wichtigsten Revolutionslieder

HOHE MIETEN SIND KLASSENKAMPF VON OBEN

Bewegung gegen Zwangsräumung und steigende Mieten wächst

Der Widerstand gegen Zwangsräumungen hat in den letzten Monaten in Berlin zugenommen. Immer mehr Menschen wollen es einfach nicht mehr hinnehmen, dass sie aus ihren Wohnungen geworfen werden, weil die EigentümerInnen ihre Profite erhöhen wollen. So kommt es, dass diese Räumungen nicht mehr still und heimlich, wie bisher fast tagtäglich über die Bühne gehen. Allein Ende März gab es in Kreuzberg und Neukölln in einer Woche gleich bei drei Zwangsräumungen Proteste. Jedes Mal prügelte die Polizei den GerichtsvollzieherInnen den Weg frei. Die Räumung konnte nicht verhindert werden, trotzdem wäre es falsch zu behaupten, die Bewegung gegen Zwangsräumung wäre erfolglos. Denn es ist schon ein Erfolg, wenn die MieterInnen die Räumung nicht mehr als persönliches Versagen und individuelle Schuld betrachten, sondern sich dagegen wehren und an die Öffentlichkeit gehen.

Ende 2012 waren es die verrentete Gewerkschafterin Nuriye Cengiz und die Familie Gülbol, die mit ihrem Widerstand gegen ihre drohende Vertreibung Zeichen setzten und den Widerstand vorantrieben. Eine wichtige Rolle spielte das Gececondu, die MieterInnenhütte am Kottbusser Tor,

als Treffpunkt und Koordinierungsstelle des Widerstandes. Dorthin kam auch Rosemarie F., eine Rentnerin aus Reinickendorf, die ebenfalls aus ihrer Wohnung geworfen werden sollte. Am Tag der Räumung gab es Proteste, zwei Tage später ist Rosemarie F. gestorben. Mittlerweile gibt es in fast allen Berliner Stadtteilen MieterInnen, die sich gegen Vertreibung wehren. Doch nach fast zwei Jahren Mietwiderstand werden auch die organisatorischen Schwächen deutlich. Anfang April gab es einen Ratschlag, bei dem zahlreiche Berliner Gruppen eine bessere Koordinierung vereinbarten. Dort wurde aber auch deutlich, dass die Kooperation zwischen der MieterInnenbewegung und AktivistInnen aus anderen Kämpfen noch kaum entwickelt ist. Dabei läge sie eigentlich nahe. Oft kommt es zu Zwangsräumungen, weil das Jobcenter die Kosten für die Unterkunft nur teilweise oder gar nicht bezahlt und dadurch Mietschulden entstehen. So könnte ein Zahltag, bei dem aktive Erwerbslose kollektiv am Jobcenter oder der Arbeitsagentur Forderungen durchsetzen, vielleicht eine Räumung schon im Vorfeld verhindern. Eine Verbindung zu gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und Lohnkämpfen schließlich ist schon dadurch gegeben, dass viele Menschen auch deshalb Mietschulden

haben, weil die Löhne zu niedrig sind. Die Parole »Mieten runter – Löhne und Einkommen rauf« macht den Zusammenhang deutlich.

Niedriglöhne und hohe Mieten finden ihre Ursache im Verwertungsdrang der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist richtig und notwendig möglichst jede Räumung zu blockieren und für einen Mietestopp zu kämpfen, genau wie in betrieblichen Auseinandersetzungen um jeden Cent mehr Lohn gekämpft werden muss. Doch im Kapitalismus sind immer nur Teilerfolge möglich, wenn der Druck stark genug ist. Einmal erzielte Verbesserungen sind immer gefährdet, denn für die Kapitalseite bedeuten weniger Lohn und hohe Mieten mehr Profite. Die Parole »Keine Rendite mit der Miete« ist richtig. Es ist aber auch wichtig hinzuzufügen, sie wird im Kapitalismus nicht umzusetzen sein. In dem Film Mietrebelln, sagt ein Aktivist: »Mieterhöhungen sind eine Form des Klassenkampfes von oben.«

FILM »MIETREBELLEN«

Der Film über die aktuelle Berliner MieterInnenbewegung läuft am 24. April in mehreren Berliner Kinos an. Weitere Infos unter www.mietrebelln.de



DEN HERRSCHENDEN DIE PARTY VERMIESEN

Interview mit einem AktivistIn von Blockupy zu den kommenden Protesten gegen die autoritäre Krisenpolitik

Hallo David, du bist aktiv bei Blockupy. Kannst du kurz beschreiben was eure inhaltlichen Schwerpunkte sind und wie eure Praxis aussieht?

DAVID: Neben dem großen europaweiten Blockupy-Bündnis gibt es in mehr als zehn Städten in Deutschland sogenannte Blockupy-Plattformen. Das sind breite und offene Bündnisse und Orte der Vernetzung, zu denen alle Menschen herzlich eingeladen sind zu kommen, die gemeinsam aktiv werden wollen gegen die gegenwärtige Krisenpolitik. Momentan bereiten wir dort vor allem die dezentralen Aktionstage im Mai vor. Mit dem europaweiten Motto »solidarity beyond borders – building democracy from below« wollen wir uns kurz vor der Europawahl vor allem gegen die rassistischen, rechtspopulistischen und autoritären Kräfte in Europa wenden. Aber auch andere Themen wie das Recht auf Stadt, die Prekarisierung von Arbeit und Gesundheit im Kapitalismus werden aufgegriffen werden.

In den vergangenen Jahren haben in Frankfurt am Main im Mai beziehungsweise Anfang Juni jeweils eine zentrale Großdemonstration und dezentrale Aktionen stattgefunden. Warum verfolgt ihr dieses Jahr ein anderes Konzept?

DAVID: Auch dieses Jahr werden wir unsere Wut noch auf die Straßen von Frankfurt tragen, wenn das neue EZB-Gebäude eröffnet wird. Doch mit den dezentralen Aktionstagen im Mai wollen wir zunächst die vielfältigen Proteste gegen die herrschende Politik europaweit lokal sichtbar machen. So wird es nicht nur in Deutschland, sondern auch in sechs anderen eu-

ropäischen Ländern wie Italien, Spanien und Belgien Aktionen geben. Zudem wird der Charakter der Aktionstage an die vergangenen Blockupy-Aktionen anknüpfen. Es wird zu diversen Aktionen des zivilen Ungehorsams aufgerufen.

Vom 17. bis 25. Mai finden die europäischen dezentralen Aktionstage statt. Was ist in Berlin geplant?

DAVID: Berlin ist im Mai neben Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart ein regionales Zentrum der Aktionen. Am Freitag den 16. Mai sind diverse Aktionen des zivilen Ungehorsams geplant und am 17. Mai organisieren wir eine bunte und aktivistische Demo vom Kreuzberger Oranienplatz zum Finanzministerium in Mitte. Dies soll keine langweilige Latschdemo sein, sondern unsere Wut auf die herrschenden Verhältnisse zum Ausdruck bringen. Zusammen mit uns werden auch Geflüchtete zu ihrem Marsch nach Brüssel aufbrechen.

Im Herbst dieses Jahres soll anlässlich der EZB-Eröffnung eine große Blockade stattfinden. Gibt es schon genauere Informationen zu den Protestaktionen?

DAVID: Natürlich hängt das genaue Datum nicht an uns, sondern an der EZB. Aber wie in den Jahren zuvor soll es in Verbindung mit der EZB-Blockade eine große Bündnisdemonstration in Frankfurt geben, die wir dieses Mal nicht so einfach von der Polizei stoppen lassen wollen. Und auf jeden Fall wollen wir die Eröffnung des EZB-Neubaus massiv stören und möglichst auch verhindern. Denn zu diesem Event werden sich die größten Krisenakteure ein Stelldichein geben. Vermiesen wir ihnen also die Party!

PRIVAT VERWAHRT

Gefängnisindustrie – neue Form einer alten Idee – Sklaverei

US-Behörden entwickelten 1972 eine neue Form der Hochsicherheitsgefängnisse, den SuperMax. Das erste Gefängnis dieser Art war Marion im Bundesstaat Illinois. Zu Beginn wurde dieses Gefängnis fast ausschließlich mit politischen AktivistInnen belegt. Hier erforschten die Behörden ausführlich, wie Kommunikation von Gefangenen unter Isolationshaftbedingungen komplett unterbunden werden kann. Später entstanden dann in den ganzen USA ähnliche Gefängnisse, in denen heute etwa 80 000 Gefangene unter kompletter und Hunderttausende anderer Gefangener unter teilweiser Isolation festgehalten werden. Zwar wurde die USA vom UN-Menschenrechtsausschuss seit 2011 mehrfach ermahnt, diese als Folter eingestufte Form der Haft abzuschaffen, aber die zuständigen Behörden ignorieren diese Aufforderung. Im Sommer 2013 beteiligten sich über 30 000 Gefangene in Kalifornien an einem Hungerstreik gegen die Isolationshaft. Einer von ihnen,

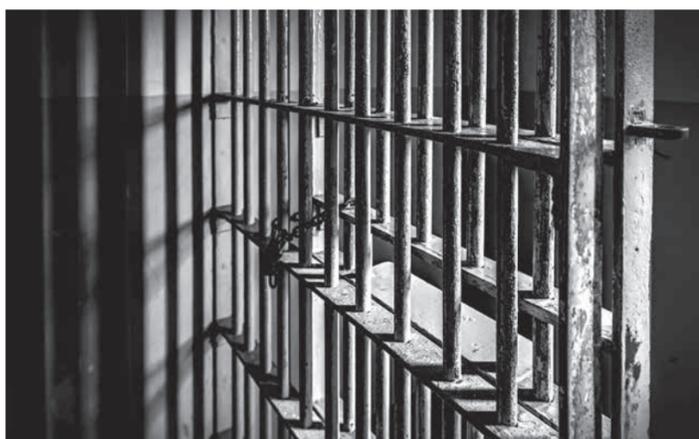
Billy Michal Sell starb an den Folgen, viele weitere erkrankten schwer.

Zeitgleich experimentierten Konzerne in Kalifornien an der Verwertung von Gefangenenarbeit. Waren die ersten Versuchsreihen mit medizinischen Präparaten für Gefangene in den kalifornischen Bundesstaatsgefängnissen noch freiwillig, entdeckten die Konzerne sehr schnell, welche enormen Profite durch den Wegfall von Lohn- und Versicherungskosten ihrer »ArbeitnehmerInnen« möglich waren.

Gab es Mitte der 1970er etwa eine halbe Million Gefangene in den USA, sind es heute knapp 2,5 Millionen. Laut UN entspricht das einem Viertel aller Gefangenen auf der ganzen Welt. Der Lobbyismus für die Verschärfung von Gesetzen und Haftstrafen zieht sich durch alle entscheidenden gesellschaftlichen Bereiche. Besonders die Justiz, die Medien und Wahlkämpfe sind das Ziel der Konzern-LobbyistInnen, um einen

strikten »Law & Order«-Kurs durchzusetzen, was ihnen seit den 1980ern sehr erfolgreich gelungen ist. Produziert wird sowohl in staatlichen, privaten als auch gemischt betriebenen Gefängnissen. Die so genannten Löhne unterscheiden sich regional, rangieren aber ab zwölf Cent die Stunde. Nirgendwo wird deutlich über einem Dollar Stundenlohn gezahlt. Die Arbeit in diesen Gefängnissen ist Zwang. Verweigerung wird mit Einzeleinschluss im »Loch« geahndet, die dabei verstrichene Zeit nicht auf die gesamte Haftdauer angerechnet. Betriebliche Organisation oder Gewerkschaften sind verboten. Die meist ebenfalls privat betriebene und konzerneigene Gesundheitsversorgung schreibt Gefangene so gut wie nie arbeitsunfähig. Überstunden und extremer Gewalt der häufig privaten Wachmannschaften sind die Gefangenen schutzlos ausgeliefert.

Es verwundert nicht, dass sich die Gefängnisindustrie und die mit ihr verbundene Lobby-Arbeit sowie medialen Strafdis-kurse längst auch außerhalb der USA Fuß gefasst haben. Australien und Großbritannien sind seit etwa 15 Jahren auf demselben Weg in die Masseneinhaftierung. In der BRD sind es vor allem die Konzerne Bilfinger SE Serco und Kötter, die an der zwanghaften Ausbeutung von Gefangenen verdienen wollen. Erste Gefängnisse dieser Art in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt deuten an, welche Vorkehrungen getroffen werden, um so genannte »Krisen« zu lösen. Die Gefängnisindustrie oder Sklaverei unter anderem Namen ist eine offene Drohung an alle, die gegen die Umverteilung von unten nach oben und die europäische Abschottungspolitik aufstehen.





ISTANBUL: BETRIEB OHNE BOSSE

So aussichtslos in der Türkei nach den Kommunalwahlen am 30. März 2014 die Lage auch scheinen mag, einige Lichtblicke gibt es doch. Einer davon ist die selbstverwaltete Fabrik Kazova Tekstil. Noch vergangenes Jahr war Kazova ein durchschnittlicher Betrieb mittlerer Größe, mit schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigem Lohn und erzwungenen Überstunden. Eine Klimaanlage hatte nur das Stockwerk des Managements, die ArbeiterInnen mussten bei bis zu 60 Grad schuften. Einen Aufzug gab es in dem fünfstöckigen Gebäude nicht, es war billiger, die Angestellten die Waren hinauf- und hinunter schleppen zu lassen.

Nachdem die Eigentümer, die den damals 94 Beschäftigten noch vier Monate Lohn schuldeten, im Januar 2013 die Produktion einstellen wollten, gingen die ArbeiterInnen in die Offensive. Im Februar begannen sie, sich zu organisieren, von April an kampierten sie in einem Zelt vor der Fabrik, um zu verhindern, dass die Eigentümer, Ümit Somuncu und Mustafa Umut Somuncu, die Maschinen abtransportieren lassen. Ende Juni war es dann soweit: Kazova Tekstil wurde besetzt. »Am 28. Juni besetzten wir die Fabrik und begannen, die kaputten Maschinen wieder tauglich zu machen. Wir brauchen keine Diebe und Blutsauger, die uns ausbeuten. Es ist der erste Widerstand dieser Art in der Türkei«, zitiert die linke Zeitschrift Yürüyüş am 8. Oktober 2013 einen Arbeiter.

Das Ergebnis: Die Beschäftigten arbeiten unter besseren Bedingungen, die Klamotten sind politischer und schöner geworden, der Preis der Erzeugnisse ist gesunken, der Shop sieht schöner aus, zu den Modeschauen, bei denen AktivistInnen mit Gasmasken die neuesten Trends präsentieren, kommen hunderte Menschen. Kurz: Alles läuft besser ohne Bosse. ■

MASSIVE ANGRIFFE AUF GEWERKSCHAFTEN IN SÜDKOREA

Kündigungen, Gefängnisstrafen und Razzien gegen AktivistInnen

Während im Dezember 2013 die Demonstrationen auf dem Maidan die Blätter der Presselandschaft füllten, las man keine Zeile von den Massenprotesten der ArbeiterInnen und StudentInnen in Südkorea. Mehr als 100 000 DemonstrantInnen protestierten am 28. Dezember in Seoul gegen die gewerkschafts- und demokratiefeindliche Politik der Präsidentin Park und forderten ihren Rücktritt. Zur landesweiten Kundgebung hatten verschiedene Gewerkschaften sowie diverse gesellschaftliche und religiöse Organisationen aufgerufen.

Der Auslöser war das repressive Vorgehen der Präsidentin gegenüber der EisenbahnerInnen-Gewerkschaft KRWWU, welche Anfang Dezember zum Streik aufgerufen hatte, weil sie die Privatisierung der Bahn befürchtet. Gleich am ersten Streiktag wurde gegen die mehr als 7000 streikenden EisenbahnerInnen die Kündigung ausgesprochen und einige GewerkschafterInnen inhaftiert. Die Regierung mobilisierte am 22. Dezember 4000 Polizisten für die Inhaftierung weiterer GewerkschafterInnen. Dabei wurde das Hauptquartier des gewerkschaftlichen Dachverbands KCTU umzingelt und gestürmt. Uniformierte drangen ohne Durchsuchungsbefehl in die

Büroräume des KCTU ein. Türen und Fenster wurden dabei mit Äxten zertrümmert. Die Gesuchten konnten aber entkommen.

Dem Gewerkschaftsführer des Automobilherstellers SsangYong Motor Kim Jungwoo droht in einem Prozess am 4. April vor dem Hohen Gericht in Seoul eine weitere Haftstrafe. Er wurde im Juni 2013 festgenommen. Er hatte an einer Demonstration teilgenommen, mit der die Wiedereinstellung von ArbeiterInnen gefordert wurde, die im Juni 2009 von SsangYong Motor entlassen worden waren. Zudem wurde der 24 ArbeiterInnen und Familienangehörigen gedacht, die sich während dieser Zeit das Leben genommen haben beziehungsweise an stressbedingten Erkrankungen gestorben sind. Er sollte eigentlich bald aus der Haft entlassen werden, könnte nun aber inmitten eines Klimas verschärften behördlichen Vorgehens gegen GewerkschafterInnen in Südkorea eine weitere Gefängnisstrafe erhalten. Ende November 2013 verurteilte ein Gericht GewerkschafterInnen, die 2009 beim Automobilhersteller SsangYong Motors die Arbeit niedergelegt hatten, zu einer Geldstrafe von rund 3,2 Millionen Euro. Das Gericht befand den Streik für illegal.

Solidarität erfahren die südkoreanischen ArbeiterInnen auch durch die GewerkschafterInnen aus anderen Ländern, wie es sich auch während des rund dreiwöchigen EisenbahnerInnen-Streiks zeigte. Spenden, die für die Ssangyong-ArbeiterInnen eingehen, zeigen aber auch gleichzeitig die tiefe Solidarität der südkoreanischen Bevölkerung mit diesen ArbeiterInnen. Eine junge Mutter war von der dramatischen Geschichte der SsangYong ArbeiterInnen so tief betroffen dass sie 47 000 Won spendete. Ihre Idee war, dass wenn 100 000 Menschen 47 000 Won spenden, dann können die 4,7 Milliarden Won gesammelt werden. In 33 Tagen gingen tatsächlich mehr als neun Millionen Won ein von 24 489 Menschen gesammelt in gelben Briefumschlägen, wie die in denen früher die Löhne der ArbeiterInnen ausgezahlt wurden. Als der berühmte Linguist und politische Aktivist Noam Chomsky in einem Interview von dieser Aktion hörte spendete er auf der Stelle 47 Dollar.

Insgesamt wurden in Südkorea jedoch 1,2 Milliarden Euro Schadensersatzforderungen gegen streikende Gewerkschaften verhängt. Damit kann jede legale Existenz von Gewerkschaften zerstört werden.

Amnesty International hat zu einer Protestkampagne mit Briefen, Facebook und twitter aufgerufen. Dort heißt es: »Gewerkschaften in Südkorea sehen sich zunehmenden Einschränkungen ausgesetzt. Neben Kim Jungwoo befinden sich noch einige weitere GewerkschafterInnen wegen ihrer rechtmäßigen Aktivitäten in Haft oder sind nur gegen Kaution auf freiem Fuß. Die Behörden versuchen zudem, einige große Gewerkschaften aus dem Register streichen zu lassen, und haben langwierige Gerichtsverfahren gegen sie angestrengt. Amnesty International fordert: das Recht der GewerkschafterInnen anzuerkennen, ihrer Arbeit ohne Angst vor Schikane und Festnahme nachgehen zu dürfen, wie es in internationalen Menschenrechtsabkommen festgeschrieben ist.« Beim Staatsempfang von Bundeskanzlerin Merkel für die Präsidentin Park war von den massiven Angriffen auf die Menschen- und Gewerkschaftsrechte keine Rede. Nur eine kleine Gruppe von etwa 100 Menschen protestierte lautstark und bunt vor dem Kanzleramt. Die Demokratiebewegung in Südkorea kämpft indes für die Absetzung Park Geun Hyes, die ihren Wahlsieg unter anderem einer Internetkampagne des Geheimdienstes zu verdanken hat. ■

NETZWERKE DER SOLIDARITÄT IN GRIECHENLAND

Selbstorganisation in Zeiten der sozialen Katastrophe

Als wir vor zwei Jahren auf Nachfrage von jungen griechischen GenossInnen eine Soli-Veranstaltung für streikende StahlarbeiterInnen in Griechenland organisiert haben, hatten wir noch keine Vorstellung davon, dass hier ein dauerhaftes Netzwerk entstehen würde, das sich mit jedem Treffen weiter ausdehnt. Gleichzeitig sehen wir eine neue Dynamik des Widerstandes in Griechenland. Es sind nicht in erster Linie die zahllosen Demonstrationen und »Generalstreiks« der Gewerkschaften gegen die drastischen Einschnitte und Privatisierungsvorhaben, die auf Geheiß der Troika durchgesetzt werden. Es sind die zahlreichen Projekte der sozialen Selbsthilfe die überall entstehen – vor allem in den verarmten Vierteln der Städte und Großstädte, aber auch auf dem Land. Mit dem Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme für immer breitere Bevölkerungsschichten versuchen diese Initiativen das soziale Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufrecht zu erhalten. Sie versuchen zu verhindern, dass der Überlebenskampf zu einem Kampf »Jeder gegen Jeden« wird, dessen NutznießerInnen nur die PopulistInnen der extremen und faschistischen Rechten wären.

Ein Beispiel ist das soziale Zentrum in Perama, einem Stadtteil von Piräus. Die

Menschen dort haben von der Arbeit im Hafen und auf den Werften gelebt. Jetzt nach der Schließung vieler Werften und der Verschlechterung in den Häfen, sind fast 90 Prozent arbeitslos. Das heißt im heutigen Griechenland, dass die Leute schon nach den wenigen Monaten, die sie Arbeitslosengeld bekommen, oft nicht mehr wissen wie sie den Strom, das Wasser und das nötige Essen bekommen sollen. Im sozialen Zentrum tun sich Leute zusammen, um sich gegenseitig zu helfen. Da wird schon mal der abgeklemmte Strom oder das abgestellte Wasser wieder angeschlossen. Eine Volksküche, in der die Leute mehrere Male die Woche warmes Essen bekommen können, ist das nächste Projekt.

Die soziale Klinik der Solidarität in Thessaloniki ist schon eine Legende. Entstanden ist sie aus der medizinischen Betreuung und der politischen Unterstützung eines Hungerstreiks von Flüchtlingen. Im heutigen Griechenland wo mehr als 30 Prozent ihre Sozialversicherung nicht mehr bezahlen können, ist sie (überlebens-) wichtig. Das Experiment Vio.Me ist ein weiteres Beispiel der Selbstorganisation. Die Belegschaft des einstigen Baustoffherstellers hat nach der Insolvenz den Betrieb besetzt und führt ihn in Eigenregie weiter. Sie stellen jetzt Putz- und Waschmittel



her und versuchen so, die Arbeitsplätze, die Existenzgrundlage für ihre Familien, zu sichern. Es ist ein zähes Ringen um die Besitzrechte und um die Zulassung ihrer Produkte. Die Beschäftigten haben sich in den letzten zwei Jahren des Bestehens der Selbstorganisation enorm politisiert. Sie sind zu engagierten VertreterInnen ihrer eigenen Sache geworden.

Ein anderes Beispiel ist die »Zeitung der Redakteure«. Nach dem Konkurs der linksliberalen Zeitung »Eleftherotypia« haben über 100 MitarbeiterInnen beschlossen, eine Genossenschaft zu gründen. Ihre Aufgabe ist die Herausgabe einer selbstverwalteten Tageszeitung. Damit soll in der einseitigen und regierungshörigen Presselandschaft Griechenlands ein

Gegenpol für eine objektive und kritische Berichterstattung gesichert werden. Das Netzwerk der Solidarität bestand vor zwei Jahren nur als ein Konzept, als es uns von Christos Giavannopoulos vorgestellt wurde. Im Internet sollte jede und jeder das seinem Wohnort nächst gelegene Selbsthilfe-Projekt finden können. Heute ist die Idee Realität. »Solidarity 4 All« verfügt über ein Büro im Zentrum Athens und hält die Verbindung zu hunderten selbstorganisierten Projekten. Materiell abgesichert wird das Projekt von einem Fonds in den die Abgeordneten von Syriza 20 Prozent ihrer Bezüge abliefern.

Am ersten Mai 2013 haben VertreterInnen aus solchen Projekten und GewerkschafterInnen an den klassenkämpferischen Maidemonstrationen teilgenommen. Selbst die bürgerliche Presse, die sonst diese Demos als Krawall pauschalisiert, hat darüber berichtet. Nachdem wir bereits zwei Solidaritätsreisen nach Griechenland gemacht haben und die Projekte kennenlernen konnten, kommen auch an diesem ersten Mai AktivistInnen aus Griechenland nach Berlin. Sie werden auf vielen Veranstaltungen in mehreren Städten zu treffen sein und sie beteiligen sich am internationalistischen Block der an der Spitze der revolutionären 1.-Mai-Demo. ■

GEGEN ALLE OLIGARCHEN

Interview mit dem Journalisten Thomas Eipeldauer zur Situation in der Ukraine

Du warst Ende Februar in Kiew, was waren Deine Eindrücke vom Protest auf dem Maidan-Platz?

THOMAS: Auf den ersten Blick war der Maidan zu diesem Zeitpunkt eine Mischung aus Platzbesetzungsbewegung und Heerlager. Einerseits ähnelte vieles dem besetzten Taksim oder Syntagma-Platz, andererseits war alles spürbar stärker militarisiert, sogar Panzer standen da rum. Politisch war die Dominanz eindeutig: Die äußerste Rechte bestimmte das Erscheinungsbild auf dem Platz. Man sieht überall die schwarz-rote Fahne der ukrainischen Faschisten, die an Stepan Banderas Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) erinnert, an die Wände sind Wolfsangeln, Keltenkreuze, Schwarze Sonnen und andere Symbole des Faschismus geschmiert. Die Faschisten, vor allem der Rechte Sektor, betrieben Rekrutierungsbüros in der Kreschatikstraße, vor denen lange Schlangen an jungen Männern auf Einlass warteten, um beitreten zu können. Unter den Leuten gibt es insgesamt einen stark übersteigerten Nationalismus, an den die Faschisten leicht anknüpfen können. Viele sind zwar aus legitimen sozialen Gründen da gewesen, sie verstehen die soziale Frage aber leider nicht als eine des Klassenkampfes, sondern wollen für eine »starke Ukraine« gegen die vermeintlichen »ausländischen Besatzer« und die »inneren Feinde« kämpfen.

Du hast Dich während Deines Aufenthalts auch mit linken ukrainischen AktivistInnen unter anderem von »Borotba« getroffen. Wie beurteilen sie die Situation?

THOMAS: Ich hatte einen sehr guten Eindruck von Borotba, weil die Gruppe mir nicht so stark bürokratisiert schien wie die Kommunistische Partei der Ukraine. Borotba hat zu Beginn noch versucht, linke Inhalte in den Maidan hineinzutragen, ist dann aber von den Faschisten angegriffen und vertrieben worden. Borotba hat sich dann für eine Schaffung einer »antifaschistischen Front« ausgesprochen und in diese Richtung vor allem im Osten und Süden der Ukraine gearbeitet, in Kiew war ja nur noch verdeckte politische Arbeit möglich, weil die Faschisten politische GegnerInnen brutal verfolgen.

Borotba war immer gegen Janukowitsch und gegen den Maidan, sie vertraten die Position, dass die ArbeiterInnen im Osten und im Westen der Ukraine sich gemeinsam gegen alle Oligarchen stellen sollten, und sich nicht von einer der Oligarchen-Fraktionen vereinnahmen lassen dürfen. Alles in allem eine vernünftige

Position, allerdings ist die Gruppe bei weitem nicht groß genug, um das auch durchsetzen zu können. Dazu kommt, dass es im Westen der Ukraine so etwas wie eine antifaschistische, linke Tradition kaum gibt, an die man anknüpfen könnte.

In den deutschen Massenmedien wird ein sehr verzerrtes Bild der Lage gezeichnet. Was sind die eigentlichen Interessen der EU und der USA auf der einen Seite und Russlands auf der anderen?

THOMAS: Die USA, Deutschland, Russland, alle Global Player, die für die Ukraine eine Rolle spielen, sind kapitalistische Nationen und haben als solche ökonomische und geostrategische Interessen, die sie durchsetzen wollen. Die deutschen Medien haben sich den Zielsetzungen »ihres« kapitalistischen Landes fast vollständig unterworfen und betreiben eine Art Hofberichterstattung. Wie lange es gedauert hat, bis das Thema »Faschisten auf dem Maidan« irgendwie im Mainstream angekommen ist, war schon erstaunlich.

Und immer noch wird in einer grotesken Umkehrung der Sachlage Russland als der »Aggressor« in der Ukraine dargestellt. Dabei muss eigentlich für jeden halbwegs kritischen Beobachter klar sein: Seit dem Niedergang der Sowjetunion versucht der Westen Länder aus der Einflussphäre Russlands herauszulösen und Moskau international zu schwächen. Die Nato-Osterweiterung, der polnische Raketenschild, die gegen russische Interessen gerichtete Politik im Nahen Osten – es musste klar sein, dass das irgendwann zu einer Gegenreaktion führt, die nun im Fall der Ukraine eben sehr entschieden ausfällt. Sowohl die EU wie auch die USA hatten ja von Anfang an das Interesse, die Ukraine mittel- bis langfristig in den eigenen Einflussbereich zu ziehen, bei der EU eher durch ökonomische Durchdringung, bei den USA durch das Wirken von diversen NGOs und der Unterstützung der prowestlichen Parteien. Dass allerdings etwa ein eventueller Nato-Beitritt der Ukraine nicht ohne massive Konflikte mit Putin abgehen würde, hätte auch vorher klar sein müssen.

Nun, da die Lage eskaliert, ist es vor allem Washington, das die Situation weiter anheizt. Der deutsche Imperialismus ist ja ökonomisch noch stark mit Russland verweben und entscheidende Kapitalfraktionen sehen ihre Geschäfte in Gefahr. Für den US-Imperialismus gilt das weniger. Er wäre der große Gewinner, wenn es etwa zur Einstellung von Gas- und Öllieferungen aus Russland in die Ukraine oder nach Europa käme.



AKTIV GEGEN DIE PRÄSENZ DER BUNDESWEHR

Interview mit zwei AktivistInnen der Initiative NoWar Berlin

Hallo Karl und Simone! Wir würden euch gern ein paar Fragen stellen, um eure Gruppe näher kennenzulernen. Ihr nennt euch »NoWar Berlin« – was verbirgt sich dahinter?

KARL: Hallo! Genau genommen sind wir keine feste Gruppe, sondern eine Initiative verschiedener Menschen, die sich gegen Krieg, Militarismus und die damit verbundenen kapitalistischen Verhältnisse engagiert. Das heißt, dass so ziemlich jede und jeder bei uns gern gesehen ist, der oder die antimilitaristisch aktiv werden will oder einfach nur interessiert ist.

Und was macht ihr konkret?

KARL: Wir veranstalten jeden dritten Mittwoch im Monat ein offenes Treffen, bei dem es immer einen Informationsteil zu aktuellen Themen, wie zum Beispiel zu den öffentlichen Bundeswehr-Auftritten und anschließende Diskussionen zu möglichen Aktionen gibt. Wir bereiten eigene Demos vor wie zum Beispiel gegen die Aufstellung der Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte (RSU) im Dezember 2013, machen Redebeiträge, malen Transpis und sind aktiv gegen die Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum. Natürlich sitzen wir auch mal bei einem Wein oder Bierchen zusammen und tauschen uns über Meinungen und Ansichten zu allem möglichen aus.

Was hat euch zu »NoWar« gebracht?

KARL: Ich suchte eine undogmatische Gruppe engagierter Menschen, die viel Wert auf antimilitaristische Praxis legt und nicht zu versteift auf ihre Kerngruppe ist – und wurde fündig. Besonders schätze ich den Austausch verschiedener Individuen zu Themen, die auch mal über den Antimilitarismus hinausgehen können.

SIMONE: Ich möchte in einer Welt ohne patriarchale Herrschaft und kapitalistische Ausbeutung leben. Die Bundeswehr dagegen sichert die Macht des deutschen

Kapitals gewalttätig ab und ist weltweit im Einsatz, um den Zugriff auf Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern. Damit wir unserem Ziel näher kommen, muss sie gesellschaftlich infrage gestellt und letztlich praktisch gestoppt werden. Dazu will ich beitragen, auch wenn die Möglichkeiten einer Initiative wie NoWar sicherlich begrenzt sind.

Am 1. Mai organisiert ihr einen gemeinsamen Block mit klassenkämpferischen Initiativen und dem Free-Mumia-Bündnis bei der 18-Uhr-Demonstration. Wie kommt es zu dieser Zusammenarbeit?

SIMONE: Wir wurden von den AktivistInnen der Initiative Klassenkämpferischer Block angesprochen und haben nach kurzer Diskussion spontan zugesagt. Wir sehen da viele Überschneidungen zwischen beiden Bereichen. Zum Beispiel nutzt die Bundeswehr bei ihren Werbekampagnen die prekäre Einkommenssituation vieler Menschen aus und lockt mit Karrierechancen. Wir wollen den 1. Mai nutzen, um sowohl gegen Kriege, Rüstung und die Militarisierung der Gesellschaft auf die Straße zu gehen, als auch um aufzuzeigen, dass zu einem konsequenten Antimilitarismus auch die Infragestellung der kapitalistischen Verhältnisse gehört.

KARL: Wer sich gegen die herrschenden Zustände wehrt, ist überall mit Repression bedroht. Die Militarisierung nach außen verstärkt zusätzlich die Repression nach innen, da das gesellschaftliche Klima durch die Kriegslogik autoritärer wird. Wir wollen uns gegen die Zumutungen des Kapitalismus wehren und werden am 1. Mai daher gemeinsam unter dem Motto »No war but classwar – für internationale Solidarität gegen Repression« auf die Straße gehen.

Wie stellt ihr euch zur Politik von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die sich zum Ziel gemacht hat, die Bundeswehr zum familienfreundlichen und attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands zu machen?

SIMONE: Seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr massive Probleme Nachwuchs zu rekrutieren. Deswegen soll die Bundeswehr als moderner und attraktiver Arbeitgeber dargestellt werden. Tatsächlich ist der Beruf des Soldaten und der Soldatin aber kein Job wie jeder andere. Es ist eine Ausbildung im Töten und getötet werden. Die Bundeswehr führt Krieg in Afghanistan, sie ist weltweit an militärischen Einsätzen beteiligt zum Beispiel im Kosovo und in Somalia. Die Bundeswehr ist außerdem eine männlich dominierte Organisation, in der Sexismus und Homophobie verbreitet sind.

Verstärkt nutzt die Bundeswehr Auftritte in Schulen und auf Jobmessen, um junge Leute anzuwerben. Welche Möglichkeiten gibt es dagegen aktiv zu werden?

KARL: Einige Berliner Schulen haben sich bereits zur »Schule ohne Militär« erklärt, das heißt sie haben per Schulkonferenzbeschluss festgelegt, die Bundeswehr nicht an ihre Schule einzuladen. Aber auch ohne Beschluss gibt es vielfältige Möglichkeiten, Öffentlichkeit gegen die Bundeswehr zu schaffen und gegen die Jugendoffiziere aktiv zu werden. Dies hält sie mitunter von der Wahrnehmung des Termins ab. Bei Jobmessen gibt es gute Erfahrungen mit kreativen Aktionen, die die Werbefeldzüge der Bundeswehr unmittelbar stören und die MessebesucherInnen direkt ansprechen. So kann zum Beispiel in der Art einer Theaterperformance als »Spurensicherung« oder ähnlichem aufgetreten werden, um darauf aufmerksam zu machen, dass es bei der Bundeswehr um staatlich beauftragtes Morden geht. Die Reaktionen der BesucherInnen sind oft positiv.

OFFENE TREFFEN VON NOWAR BERLIN

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Café Commune in der Reichenberger Straße 157 in Berlin-Kreuzberg.

Weitere Infos unter nowar.blogspot.de



TERMINE

VERANSTALTUNG

Gewerkschaftlicher Widerstand in Griechenland

Griechische GewerkschafterInnen berichten über ihre Strategien des Widerstands gegen Troika und Regierung.
Montag, 28.04.2014, um 18 Uhr im Wilhelm Leuschneraal des DGB-Hauses in der Keithstraße 1/3 in Berlin-Mitte

DEMONSTRATION

Solidarität und Widerstand ohne Grenzen

Klassenkämpferischer Block auf der DGB-Demonstration.
Donnerstag, 01.05.2014, um 9:30 Uhr am Hackeschen Markt, Spandauer Straße in Berlin-Mitte

DEMONSTRATION

Gegen Krise, Krieg und Kapital

Block für Klassenkampf, gegen Krieg und Repression auf der Revolutionären 1.-Mai-Demonstration.
Donnerstag, 01.05.2014, um 18 Uhr am Lausitzer Platz in Berlin-Kreuzberg

VERANSTALTUNG UND WORKSHOP

Selbstorganisation in Griechenland

VertreterInnen von Projekten stellen ihre Arbeit vor.
Freitag, 02.05.2014, von 17 bis 21 Uhr im Mehringhof, Aufgang 3, Versammlungsraum in der Gneisenaustraße 2a in Berlin-Kreuzberg

STERNFAHRT UND DEMONSTRATION

TruckerInnen aller Länder vereinigt Euch!

Europaweiter Aktionstag der Beschäftigten im Transportsektor.
Samstag, 03.05.2014, um 11 Uhr Demonstration vom Lustgarten zum Brandenburger Tor

VERANSTALTUNG

Vernetzung in der Nachbarschaft

Zwei AktivistInnen vom Nachbarschafts- und Arbeitslosenzentrum in Perama berichten.
Samstag, 03.05.2014, um 17 Uhr in Jockels Biergarten in der Ratoborstraße 14c in Berlin-Kreuzberg

RÜCKBLLENDE

5. DEZEMBER 2013

Angriff vorerst abgewehrt

Anfang 2013 starteten die Arbeitgeber im Handel einen massiven Angriff auf die Beschäftigten. Doch der von ihnen gekündigte Manteltarifvertrag musste im Dezember wieder in Kraft gesetzt werden. Über Monate hinweg wurde gestreikt und mit kreativen Aktionen Druck aufgebaut.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Klassenkämpferischer Block

INFOS & KONTAKT:

klassenkampfblock.blogspot.de

klassenkampfblock@gmx.net

V.i.S.d.P.: G. Klein,

Kohlfurter Straße 40, 10999 Berlin

BILDNACHWEIS:

Leserichtung: von links nach rechts, von oben nach unten.

01 Jakob Huber // 02 Yves Herman //

02 Gueorgui Tcherednitchenko // 03 Felix Syrovatka //

03 Oliver Berg // 04 Chris Grodotzki //

05 Philippe Leroyer // 05 Dan Henson // 06 Kim Chul-Soo //

06 Ben Weller // 06 Goh Iromoto // 07 NoWar Berlin //

07 el rafa* / flickr.com // 08 Chris Grodotzki

Gefördert durch die
Stiftung Menschenwürde
und Arbeitswelt

STIFTUNG
MENSCHENWÜRDE
UND ARBEITSWELT

NO WAR BUT CLASS WAR

Für internationale Solidarität gegen Repression



Am 1. Mai wollen wir die verschiedenen Kämpfe gegen die Angriffe von Staat und Kapital auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen Krieg und Repression und gegen patriarchale Unterdrückung thematisieren und für eine befreite, eine klassenlose Gesellschaft auf die Straße gehen. Im Kapitalismus wird unser Leben der Profitlogik untergeordnet. Konkurrenzdenken und Leistungsdruck bestimmen nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Während eine Minderheit über die Produktionsmittel verfügt und sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignet, ist die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und das unter zunehmend schlechteren Bedingungen. Immer mehr Menschen sind prekär beschäftigt, haben befristete Verträge, leisten unbezahlte Praktika, haben weniger Rechte, ein sehr niedriges Einkommen oder werden mit Maßnahmen des Jobcenters schikaniert.

Besonders verheerend wirkt sich die kapitalistische Logik momentan in Südeuropa aus. Die von der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB diktierten Kürzungsprogramme haben dort zu Massenarbeitslosigkeit, steigender Obdachlosigkeit und dem Ausschluss großer Bevölkerungsteile aus der Gesundheitsversorgung geführt. Auf die Proteste und Streiks der Menschen gegen die Verarmungspolitik wird von Seiten des Staates mit Repression geantwortet. Das kapitalistische System

benötigt Kontrolle und Repression, um die bestehenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zu sichern. Dabei wird auch in Ländern, in denen der Widerstand noch gering ausfällt, die »Sicherheitsarchitektur« ausgebaut, durch die Ausweitung der Überwachung im Internet und im öffentlichen Raum und die Erweiterung der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten. Gleichzeitig werden demokratische Rechte wie das Versammlungsrecht eingeschränkt.

Gegen die herrschenden Zustände stellen wir unsere Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, in der für die Bedürfnisse der Menschen und nicht für den Profit produziert wird. Eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel nicht mehr das Eigentum einer Minderheit sind und in der gemeinsam darüber entschieden wird wie und was produziert wird. Wir kämpfen und organisieren uns für eine Welt ohne Ausbeutung, ohne Krieg und Militarismus, ohne sexistische und rassistische Diskriminierung und ohne Konkurrenz und Leistungsdruck. Von allein wird sich nichts ändern, deswegen setzen wir auf kollektives Handeln und gemeinsame Organiserungen um zur Überwindung des Kapitalismus beizutragen.

KLASSENKÄMPFERISCHER BLOCK

Wer wir sind und was wir wollen ...

Der Klassenkämpferische Block ist eine Initiative aus Berlin, die die Stärkung klassenkämpferischer und antikapitalistischer Positionen innerhalb der Betriebe und darüber hinaus zum Ziel hat. Angefangen mit Mobilisierungen zu klassenkämpferischen Blöcken auf den zwei zentralen Demonstrationen am 1. Mai, arbeitet unser Zusammenschluss in unterschiedlicher Konstellation seit 2009.

Wir – das sind vor allem KollegInnen aus den Bereichen Verkehr, Entsorgung, Han-

del, Erziehung, Dienstleistungen und anderen Branchen. Darüber hinaus sind wir überwiegend, aber nicht ausschließlich, Mitglieder von Gewerkschaften sowie oft in unseren Betrieben und in politischen Gruppen engagiert und organisiert.

Politisch eint uns dabei das Ziel der Abschaffung des Kapitalismus als derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Überall erleben wir tagtäglich die immer dreisteren Zumutungen kapitalistischer Profitlogik: miese Löhne, unsichere Jobs,

Entlassungen, Unternehmenswillkür und Druck der Chefetagen auf die Beschäftigten sind hier nur einige Stichworte. Dagegen setzen wir die solidarische Organisation und den Kampf der Klasse der Lohnabhängigen überall für ihre Rechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine sozialistische Perspektive! In Zeiten eines kaum vorhandenen Bewusstseins der eigenen Lage sowie vorherrschender Individualisierung und Passivität der Beschäftigten in vielen Bereichen ist dies sicherlich keine einfache Aufgabe.

Mit Kundgebungen, den organisierten Blöcken auf den 1.-Mai-Demonstrationen, inhaltlichen Veranstaltungen, Solidaritätsaktionen sowie mit dieser Zeitung versuchen wir dabei nach unseren Möglichkeiten aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in Debatten zu intervenieren und den Klassenkampf von unten wieder auf die Agenda zu bringen.

Schluss mit dem Schmusekurs –
Für Solidarität und Klassenkampf!
www.klassenkampfblock.blogspot.de

Sie lügen
wie gedruckt.
Wir drucken,
wie sie lügen.

Das junge Welt-Probeabo:

- ist kostenlos und unverbindlich
- verlängert sich nicht automatisch
- muß nicht abbestellt werden

3 Wochen
kostenlos
testen

Bestellen unter www.jungewelt.de/probeabo
oder per Telefon unter 030/53 63 55-50

